



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/96 - 25. April 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 030 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Geheimtext - ausser dem "accord-special"?	S. 1
Politische Streiflichter aus Indien	S. 3
Zur Geschichte der deutschen Abwehr	S. 5
Die Festungsidee des Abgeordneten Schneider	S. 7

Wehrpflicht-Konfusionen

sp. Die Auseinandersetzung um die Frage, ob die Bundesrepublik auf Grund der Pariser Verträge verpflichtet ist, auf der Basis der allgemeinen Wehrpflicht ein Bundesheer von 500 000 Mann aufzustellen, hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Einem Höhepunkt, der allerdings gleichzeitig die Konfusion offenbart, die in der Bundesregierung herrscht, die sich vergeblich bemüht, nachzuweisen, dass es eine entsprechende vertragliche und völkerrechtlich verbindliche Verpflichtung gibt. In der Verteidigungsdebatte im Parlament der Westeuropäischen Union in Strassburg wurde gestern Bundesausserminister Dr. von Brentano gebeten, eine Klarstellung zu geben. Ehe er noch selbst dazu Stellung nehmen konnte, hatte der britische konservative Abgeordnete Hutchison die Frage bereits unter Zitierung des Vertragtextes mit der Feststellung beantwortet, dass die Zahl 500 000 eine Höchstgrenze ist. In seiner Antwort kurz darauf schloss sich Brentano dieser Auffassung an und sagte wörtlich: "Ich habe dem nichts weiter hinzuzufügen."

Am 18. April hingegen hat der Verteidigungsminister einen Beschluss der Bundesregierung verlesen, in dem es wiederum wörtlich heisst:

"Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass die Bundesrepublik auf Grund internationaler Vereinbarungen verpflichtet ist, Streitkräfte in einem Umfang von etwa 500 000 Mann auf der Basis der allgemeinen Wehrpflicht aufzustellen."

Der Verteidigungsminister ist damals eine Zitierung der Paragraphen der Verträge schuldig geblieben, in denen eine solche angebliche Verpflichtung festgelegt sein soll. Die Bundesregierung hat bisher niemals ernsthaft die sozialdemokratische Auffassung widerlegen können, die ^{auch} in den Äusserungen führender NATO-Befehlshaber ihre Stütze findet, dass es

sich bei den 500 000 Mann um eine Höchstgrenze handelt, und die Bundesrepublik in der Frage Wehrpflicht oder Berufsheer völlig frei in ihrer Entscheidung ist.

Angesichts dieser Verwirrung sollte die Bundesregierung nun um so mehr verpflichtet sein, in aller Eindeutigkeit die Texte offenzulegen, die sie nach ihrer Ansicht verpflichten, 500 000 Mann aufzustellen und die Wehrpflicht einzuführen. Keinesfalls ausreichend ist die noch gestern erfolgte Äusserung unterrichteter Kreise, die Brentano abzuschwächen versucht, und erklärte, die Höchstgrenze habe nur im Rahmen der WEU Gültigkeit, aber unabhängig davon habe die Bundesrepublik in der NATO bestimmte Mindestverpflichtungen übernommen, die kaum die Möglichkeit zur Unterschreitung dieser Höchstgrenze liessen.

Bei diesen Widersprüchen im Regierungslager gibt es jetzt nur noch zwei Möglichkeiten: entweder legt die Bundesregierung bewusst internationale Vertragstexte falsch aus, um ihr Aufrüstungsziel zu erreichen, oder es gibt tatsächlich ausser dem accord special, der diese Verpflichtung nicht enthält, noch einen anderen Geheimtext, den man dem Parlament ver-
enthalten hat. In beiden Fällen ist die Bundesregierung verpflichtet, unverzüglich die volle Wahrheit zu sagen.

Auch unter diesen Umständen ist die von der CDU-Bundestagsfraktion gewünschte erste Lesung des Wehrpflichtgesetzes am 3. Mai 1956 eine glatte Unmöglichkeit, denn man kann keiner Fraktion zumuten, bei solch offensichtlichen Widersprüchen innerhalb der Regierung die Beratung des Wehrpflichtgesetzes zu beginnen. Die CDU/CSU sollte deshalb nicht auf ihrem Antrag beharren, nachdem sie sich auch vor dem Beginn des Parteitages in Stuttgart zwar mit der grundsätzlichen Frage der Wehrpflicht befassen, aber eine Entscheidung über die Dauer der Wehrpflicht ausklammern und diese während der Ausschussberatungen vornehmen will.

Wenn man diese beiden Seiten der Konfusion betrachtet, dann gibt es nur eine Deutung für die neue Terminhetze: dass man erneut eine aussenpolitische "Dokumentation" benötigt, die die Sozialdemokratie im Hinblick auf die aussenpolitische Situation für grundfalsch hält oder es soll der Widerspruch in den eigenen Reihen gegen die Wehrpflicht abgetötet werden. Beide Motive aber reichen nicht aus, um das Parlament in eine Wehrpflichtdebatte hineinzuketzen, in der die wichtigsten Voraussetzungen ungeklärt oder unglaubwürdig geworden sind.

Nehru und die Politik

(Verfasser dieses Berichtes weilte z.Zt. als Begleiter des bekannten amerikanischen Gewerkschaftsführers Walther Reuther in Indien. Die Red.)

O.L., New Delhi, Mitte April

Wie stark die Position des Ministerpräsidenten Nehru ist, zeigt erst eine Reise durch Indien. Man wird alle Arten von Urteilen über "Panditji" - wie ihn die Inder gern nennen - hören: von höchster Anerkennung und Verehrung seiner geistigen und politischen Überlegenheit und bis zur Ablehnung mancher seiner politischen Ansichten oder bis zu bitteren Worten über die Unklarheit und Wandelbarkeit seiner Haltung in vielen Fragen. Aber niemand wird irgendeinen Zweifel darüber äußern, dass Nehru die weitaus stärkste Kraft im politischen Leben Indiens ist, dass es weder eine Persönlichkeit noch eine Gruppe gibt, die sich mit ihm an politischen Einfluss messen könnte oder Aussicht hätte, zu Nehrus Lebzeiten seinen politischen Einfluss irgendwie schmälern zu können.

Nehrus Wort gilt viel

Selbst in Fragen wie den äusserst komplizierten und nicht ganz rational zu erfassenden Problemen der neuen Staatsabgrenzung und der Errichtung von neuen Ländern, die ungefähr mit den sprachlichen Grenzen zusammenfallen, werden viele, die über die damit zusammenhängenden blutigen Unruhen in Bombay zutiefst entsetzt sind, sagen, es war Nehrus Fehler, dass er nicht rechtzeitig und nicht entschieden genug erklärte, die Regierung werde auf ihren Vorschlägen beharren und dass es keine Änderung geben könne. Hätte Nehru dies getan oder hätte er am Anfang der Unruhen eine feste Haltung eingenommen, dann hätten sich die Inder nach seinem Wort gerichtet.

Oder man nehme die Kaschmir-Frage, die zweifellos alle anderen aussen- und innenpolitischen Fragen seit Wochen überschattet: ein Mann, der in der Wirtschaftspolitik ebenso wie in vielen Phasen der Aussenpolitik durchaus nicht mit Nehru übereinstimmt und zu den wenigen gehört die eine Volksabstimmung in Kaschmir für moralisch richtig halten würden sagte offen, dass 99.5 Prozent aller Inder in dieser Frage mit Nehru übereinstimmen und bereit sind, jede seiner Wendungen und Wandlungen mitzumachen. Auch hier hört man dasselbe Argument: warum hat Nehru nicht schon früher erklärt, dass keine Volksabstimmung in Kaschmir stattfinden wird? Das wäre das einzig richtige gewesen. Nun hat Nehru das gesagt, was die erdrückende Mehrheit der Inder für richtig hält.

Stärker als die Kongress-Partei

Nehru ist der Führer der Kongress-Partei, der von Gandhi begründeten Organisation, die Trägerin des nationalen Unabhängigkeitskampfes war. Der Ministerpräsident hat nun die Kongress-Partei zur Trägerin der Regierungsmehrheit gemacht und in jeder parlamentarischen Demokratie - was Indien zweifellos ist - bezieht der Ministerpräsident Kraft und Unterstützung von der Regierungspartei.

Man übertreibt nicht, wenn man feststellt, dass es in Indien zum Teil umgekehrt ist. Nehru ist zweifellos stärker als die Kongress-Partei

obwohl er ihr Führer ist.

Aber der Kongress ist trotz Nehrus unbestrittener Popularität und Autorität viel mehr umstritten als Nehru. Die letzten Nachwahlen waren für die Kongress-Partei ausnahmslos ungünstig und man rechnet selbst in führenden Kreisen dieser Partei damit, dass bei den im nächsten Jahr fälligen Wahlen der Kongress eine Reihe von Mandaten verlieren dürfte. Aber niemand zweifelt, zumindest im gegenwärtigen Augenblick, daran, dass der Kongress die Mehrheit behalten und dass die Einbusse Nehrus Position kaum beeinträchtigen wird. Wie sehr Nehru - und in dieser Beziehung auch der Kongress - alle anderen organisierten politischen Kräfte ausgeschaltet haben, zeigt die Tatsache, dass auch die oppositionellen Gruppen selbst nicht annehmen, dass diese von eher gewissen Abnützung der Regierungspartei profitieren werden. Man nimmt an, dass eine Reihe von "Unabhängigen", mit keiner Partei verbundenen Kandidaten, auf-tauchen werden, die sich auf lokale Unzufriedenheit stützen oder sonst eine oppositionelle Haltung einnehmen. Diesen spricht man gewisse Erfolgsaussichten zu. Ein ausgezeichnete Kenner der politischen Lage im Lande meinte, dass unter Umständen bis zu hundert Unabhängige - von mehr als fünfhundert Parlamentsmitgliedern - in das nächste Parlament ihren Einzug halten könnten. Aber keiner dieser Unabhängigen würde es riskieren, den Ministerpräsidenten selbst anzugreifen oder gegen ihn eine persönliche Opposition zu beziehen. Denn selbst diejenigen, die die oppositionellen Unabhängigen wählen werden, sind nicht gegen "Panditji".

Kommunisten im Abstieg

Die indischen Kommunisten sind im Abstieg. Das ist die allgemeine Meinung in Indien. Die Bulganin-Chruschtschow-Reise hat den Kommunisten nicht genützt, sondern eher geschadet. All die anerkennenden Worte, die die russischen Politiker über Indien und Nehru sagten, strafften alles, was die Kommunisten den Indern gesagt hatten, Lügen. Die Reise hat, wenn irgendjemandem, Nehru genützt und seine Position in Indien gestärkt

Leider sind die indischen Sozialisten von dem Prozess, der alle organisierten politischen Kräfte auflöst und Nehru als ein immer stärkeres Einflusszentrum erscheinen lässt, in Mitleidenschaft gezogen. Die Sozialistische Partei hat sich vor etwa einem halben Jahr in zwei Gruppen gespalten. Die alte Partei, die sich Praja Sozialisten nennen, ist die stärkere, aber doch wesentlich geschwächt. Viel wichtiger ist die Tatsache, dass Nehru sich selbst einen Sozialisten nennt und immer wieder erklärt, dass der Aufbau Indiens "nach sozialistischem Muster" vollzogen werden soll. Was Nehru sagt, genügt den Massen und sie suchen nicht nach einer eigenen sozialistischen Partei, selbst wenn diese von manchen sozialistischen Massnahmen eine klarere Vorstellung haben sollte. Aber die Nationalisierung des gesamten Versicherungswesens, die auf Nehrus Verlangen vom Kongress beschlossen wurde, und Pläne, die in privaten Händen befindlichen Kohlengruben zu nationalisieren, wie eine Reihe anderer mit dem zweiten Fünfjahrplan zusammenhängenden Massnahmen, haben den sozialistischen Charakter der Nehru-Politik vielen Indern zur Genüge bewiesen. Nehru ist also auch hier der weitaus Stärkere.

* * *

*

Atlanten

e. Der Oxford Atlas, der im Jahre 1954 vom Vizepräsidenten der Kgl. Geographischen Gesellschaft Grossbritanniens im Verlag der Oxford University Presse herausgegeben wurde, zeichnet die Ostgrenze Deutschlands entlang der Oder-Weisse-Linie ein. Alle Städte, die östlich dieser Linie liegen, sind nur in polnischer Sprache und mit ihren neuen Namen festgehalten. Im Namensverzeichnis heisst es unter dem Stichwort "Germany": "Federal Republic of Germany (Western Germany) - Bundesrepublik Deutschland" und "German Democratic Republic (Eastern Germany) - Deutsche Demokratische Republik".

Der Standard World Atlas, 1953 in Chicago herausgegeben, bringt im Namensverzeichnis unter dem Stichwort: "Germany/Deutschland" die Bezeichnungen in folgender Reihenfolge: "Germany Eastern/ Deutsche Demokratische Republik" und "Germany Western/ Bundesrepublik Deutschland". Unter dem Stichwort "Hauptstädte in Deutschland" werden genannt: "Berlin und Bonn".

Der sowjetzonale Rundfunksender "Radio Ostberlin" erklärte am 13. April 1956 in einem Kommentar dazu u.a.: "Die Herausgeber der Atlanten in der Bundesrepublik interessiert das alles nicht, auf ihren Karten werden eben die deutschen Gebiete so bezeichnet, wie es einigen Herren in Bonn gerade angenehm ist. Um ihre Revanchegelüste zu befriedigen, veranlassen sie sogar Wissenschaftler, Fälschungen zu begehen. Und nun eine Frage an Sie: wollen Sie wirklich, dass Ihre Kinder etwas ganz anderes über ihr eigenes Land lernen, ja schlechter unterrichtet sind als die englischen und amerikanischen Kinder?"

Man sollte in Oxford und in Chicago gelegentlich "Radio Ostberlin" hören, um besser zu begreifen, dass man mit solchen dokumentarischen Darstellungen nur das Geschäft der anderen Seite betreibt.

* * *

Fragwürdiges Canarias-Buch

E.R. "Canaris in völlig neuem Licht", so heisst es auf dem Umschlag eines Buches, das ein gewisser Dr. Karl Bartz veröffentlicht hat. Es erschien 1955 im Pilgram Verlag, Salzburg, unter dem neutralen Titel "Die Tragödie der deutschen Abwehr". Der Verfasser stützt sich auf Aussagen früherer Mitarbeiter des Reichssicherheitshauptamtes, u.a. Dr. Best

und Huppenkothén, auf ehemalige Richter, u.a. Dr. Roeder, den Generalrichter der Luftwaffe, frühere Abwehroffiziere und Hinterbliebene, die er teilweise schon vor einigen Jahren gesammelt hat. Erfahrene Einzelheiten und Meinungen hat er nach dem Muster von "Tatsachenberichten" zusammengestellt.

Die Veröffentlichung von Bartz ist einseitig. Sie fordert unser Mißtrauen heraus, dass es ihm nicht in erster Linie um einen Beitrag zu unserer jüngsten Geschichte, sondern um eine Geschichte gehe, in welcher der vormalige deutsche Abwehrchef zum verantwortungslosen Verräter gestempelt werden soll. Bartz erzählt seine Geschichte ohne besonderes Pathos. Sie enthält einige willkommene Neuigkeiten. Sicher geht sie vielen Menschen, die kein kritisches Urteil haben können, glatt ein.

Aber hat etwa Huppenkothén aus dem Reichssicherheitshauptamt dem Verfasser die ganze Wahrheit gesagt, wenn er ihm von den angeblich aufgefundenen Tagebüchern des Admirals Canaris erzählte, die alles entlarvt und Canaris überführt hätten, derweil er ihm verschwieg, dass der "bisher unbekannt gebliebene" zweite Beisitzer des Standgerichts in Floßenbürg der SS-Oberführer Otto Somann war?

Hat der ehemalige Generalrichter der Luftwaffe, Dr. Roeder, der die Akten der Prozessserie gegen die sog. "Rote Kapelle" in den letzten Jahren zu politischen Zwecken auszunutzen versuchte, ihm alles Wissenswerte berichtet? Ist nicht seine unausgesprochene Absicht, Richter und Ankläger jenes eiligen Floßenbürger Standgerichts von Anfang April 1945 zu entlasten? Dies unter Berufung auf Tagebücher, die nicht nachweisbar sind, die dem Ankläger Huppenkothén erst nach der Hinrichtung von Admiral Canaris, General Oster, Pastor Borchmeier, Heeresrichter Dr. Sack u.a. zu Gesicht gekommen sein sollen? Soll hier nicht Material für eine Dolchstosslegende zusammengetragen werden?

Es kann sich hier nicht darum handeln, die deutsche Abwehr unter Canaris in Bausch und Bogen zu rechtfertigen. Die geschichtliche Beurteilung der Abwehr muss wissenschaftlicher Forschung überlassen bleiben. Dass sie in ihrer Spitze eine Stütze der Bestrebungen zum Sturze Hitlers war, ist erwiesen und als verdienstvoll anzuerkennen. Wieweit ihre Methoden zweckentsprechend gewesen sind, wieweit alle ihre Mitarbeiter abschliesslich aus sittlichen Motiven handelten, kann noch nicht endgültig beantwortet werden. Das von Bartz dargebotne Material jedenfalls wirft kein "völlig neues Licht" auf die Spitze der Abwehr.

Mit den letzten Heimkehrertransporten aus der USSR sind auch die beiden ehemaligen Abteilungsleiter der Abwehr, Oberst Piekenbrock und Oberst i.G. Bentivegni, zurückgekehrt. Sie werden über die Tragödie der deutschen Abwehr, einem Teil der Tragödie der deutschen Wehrmacht unter Hitler, sicherlich besser berichten können, als es Bartz aus dem Gesichtskreis der überwiegend feindlichen Konkurrenz des Reichssicherheitshauptamtes getan hat.

Für Deutschland den Tod

ler. Bisher fehlt vom Bundesverteidigungsministerium auch nur die geringste Andeutung, wie es sich im Atomzeitalter den Schutz der Zivilbevölkerung im Kriegsfall vorstellt. Es lässt sich hier nicht in seine Karten blicken, darüber schweigt es sich aus. Wahrscheinlich wird darauf weniger Gewicht gelegt, denn es musste sich ausgerechnet von einem Wehr-Experten der Koalition, dem DP-Abgeordneten Schneider, sagen lassen, dass die Planungen des Verteidigungsministeriums "in dieser Hinsicht wesentliche Versäumnisse aufwiesen."

Dem will Schneider nachhelfen. Er hat für die Bundesrepublik einen Schutz- und Verteidigungsplan entwickelt, dessen Kernstück die Evakuierung der Großstadt-Bevölkerung in einen ringförmigen Festungsgürtel in Anlehnung "an das Mittelgebirge" ist. Schneider geht nicht, zum Unterschied von seinem Kanzler, von der Annahme aus, die NATO-Bindung der Bundesrepublik werde uns vor den Kriegsgreueln bewahren, er rechnet sogar mit Atomverwüstungen und will mit einem solchen Plan ihre Auswirkungen auf die Volkssubstanz auf ein Mindestmass begrenzen.

Der DP-Militärexperte hat sicherlich nicht, als er den, in Zusammenarbeit mit ungenannt sein wollenden Militärs entstandenen Plan vor der Bremer Presse verkündete, Kenntnis von den alarmierenden Ausführungen des Mainzer Atomphysikers, Prof. Belchert gehabt. Prof. Belchert ist eine Autorität auf seinem Gebiet, sein Wort hat Gewicht. Er sagte, drei H-Bomben würden genügen, um die Hälfte der Bevölkerung Westdeutschlands zu vernichten. Und da nicht zu erwarten ist, dass ein möglicher Gegner die Liebenswürdigkeit aufbringt, einen H-Bombenabwurf (siehe Hiroshima, siehe Nagasaki) vorher anzukündigen, bleiben wohl alle Erwägungen, die Großstadtbevölkerung zu evakuieren, recht akademischer und problematischer Natur.

Wie sollte es auch möglich sein, viele Millionen von Menschen - ein Drittel der Bevölkerung Westdeutschlands lebt in Großstädten - innerhalb von Minuten in die atomgeschützten Bunkerstellungen des Mittelgebirges zu bringen? Weiss Schneider nichts von jener vor Jahren in New York durchgeführten Luftschutzübung, bei der sich zum Entsetzen der Bevölkerung und Militärs die Unmöglichkeit einer Evakuierung herausstellte? Prof. Belchert sagt: "Auch ein beschränkter Atomkrieg (den Schneider als

unvermeidlich betrachtet) ist für Deutschland Wahnsinn und bedeutet den Tod."

Belchert steht mit dieser düsteren Voraussage gewiss nicht allein, er kann sich dabei auf andere hervorragende Atomphysiker als Kronzeugen berufen.

* * *

Radioaktiver Regen

Wir lesen in der "Süddeutschen Zeitung":

In einigen Wochen wird der Leiter des Physikalischen Instituts der Universität München, Professor Walter Gerlach, eine Untersuchung über radioaktive Niederschläge veröffentlichen. Gerlach hat vor einviertel Jahren in seinem Institut begonnen, Regen und Schnee auf Radioaktivität zu untersuchen und dabei festgestellt, dass sich die Atombombenversuche auch im Gebiet von München auswirken. Bei den Messungen stellten sich fast dieselben Ergebnisse ein, wie sie bereits die Physikalischen Institute in Freiburg und Heidelberg festgestellt hatten, nämlich, dass die radioaktiven Strahlungen in den Niederschlägen nahe an die Gefahrengrenze herangehen. In Freiburg hatte der Physiker Sittkus konstatiert, dass 10 bis 84 Tage nach der Explosion von Atombomben radioaktive Schwaden über das Gebiet der Bundesrepublik zögen. Bei der Explosion einer Bombe in 1000 Meter Höhe würden nur etwa 0,02 Prozent der radioaktiven Produkte in der unmittelbaren Umgebung des Explosionsortes niedergehen. Der zum Teil bis in 30 Kilometer Höhe gefasene Staub werde von Windströmungen erfasst und in weit entfernte Gebiete getragen. Zwar erreichte die Radioaktivität im Freiburger Untersuchungsgebiet nicht die Grenze der Gefährlichkeit für den Menschen, bei Tauniederschlägen konnte jedoch manchmal eine Dosis gemessen werden, welche die für das Weidvieh zulässige Grenze schon überschritt.

* * *

*

Verantwortlich: Peter Raunau